Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses
des Deutschen Bundestages

Berlin, 20. Oktober 2011
Ausgabe Nr. 17 der 17. Wahlperiode

Auf den Punkt gebracht . . .

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Europäische Finanzkrise wirft viele Fragen auf. Hier einige Antworten der SPD-Bundestagsfraktion:

Was ist das eigentlich für eine Krise?

Die internationale Finanzkrise, ausgelöst durch die US-amerikanische Immobilienkrise und den Zusammenbruch der Lehman Bank, erreichte Europa 2008 in Gestalt einer Bankenkrise und einer Krise der Realwirtschaft. Europa bekämpfte den Wirtschaftsabschwung erfolgreich mit großen Konjunkturpaketen, die allerdings die Staatsschulden in die Höhe trieben. Das führte bei einigen Ländern zur schlechteren Bewertung der Staatsanleihen, damit stiegen die Kosten für ihre Refinanzierung und die Schuldenstände wuchsen weiter.

Dieser Teufelskreis von schwachen Banken, Staatsschulden, schlechten Ratings durch die Märkte brachte einige Länder in Schwierigkeiten, aus denen sie alleine nicht mehr herauskommen. Und sie droht weitere Länder zu gefährden. Dazu kamen spezifische Probleme: eine Immobilienblase in Spanien, ein aufgeblähter Bankensektor in Irland, eine Krise der Unternehmen in Portugal und eine überbordende, wenig funktionsfähige öffentliche Verwaltung in Griechenland.

Warum werden denn Banken gerettet?

Auslöser der Krise waren die selbst für erfahrene Banker unbeherrschbaren Risiken einiger Investmentbanken und neuer Finanzprodukte. So ließ die US-Regierung 2008 die amerikanische Bank Lehman Brothers Pleite gehen, denn sie hatte sich selbst in diese Schwierigkeiten gebracht. Schließlich gehören Risiko und Haftung in einer Marktwirtschaft zusammen. Doch diese Pleite erschütterte das internationale Finanzsystem derart, dass es weltweit zu spüren war.

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin
☎ (030) 227 – 77 265 • FAX (030) 227 – 76 265
bernhard.brinkmann@bundestag.de
Bürgerbüro Hildesheim • Rathausstr. 13 B • 31134 Hildesheim
☎ (05121) 32 681 • FAX (05121) 31 545
Bürgerbüro Alfeld • Kalandstr. 5 • 31061 Alfeld
☎ (05181) 31 31 • FAX (05181) 2 56 23
bernhard.brinkmann@wk.bundestag.de

Als dann auch europäische Banken in Schwierigkeiten gerieten, wollte man diesen Fehler nicht wiederholen und stützte die Banken mit enormen Summen. Das war zur Vermeidung weiterer Panik richtig, doch wurde versäumt, gleichzeitig den Bankensektor zu reformieren um eine Wiederholung zu vermeiden.

Unterkapitalisierte Banken sollten entweder mehr Eigenkapital haben oder in Insolvenz gehen können. Banken sollten nicht zu groß sein, damit sie nicht das ganze System bedrohen können und der gesamte Finanzsektor sollte besser kontrolliert werden. Doch dies ist nur in Teilen und viel zu spät umgesetzt worden. Jetzt droht die nächste Krise und wieder machen unterkapitalisierte Banken Probleme! Es wird Zeit, dass die Kosten der Krise nicht nur von der öffentlichen Hand getragen werden und der Bankensektor endlich seine Hausaufgaben macht.

Was wird derzeit noch gegen die Krise unternommen?

Spekulantenattacken, etwa Wetten auf sinkende oder steigende Kurse von Staatsanleihen werden durch einen Schutzschild der europäischen Partnerländer abgewehrt. Dazu wurde ein Rettungsfonds geschaffen und die Europäische Zentralbank kaufte Staatsanleihen auf und versorgte notleidende Staaten mit Krediten. Den betroffenen Ländern werden Reformen abverlangt, um die internen Krisenursachen zu bekämpfen.

Dabei fordern die konservativen europäischen Regierungen vor allem Sparanstrengungen und Kürzungen im öffentlichen und in sozialen Bereichen. Das ist teilweise richtig, denn hohe Schulden führen zu Abhängigkeit an den Märkten, deshalb müssen sie bekämpft werden. Doch ohne wirtschaftliches Wachstum entstehen keine Arbeitsplätze. Die aber werden dringend gebraucht: in einigen Ländern ist jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit.

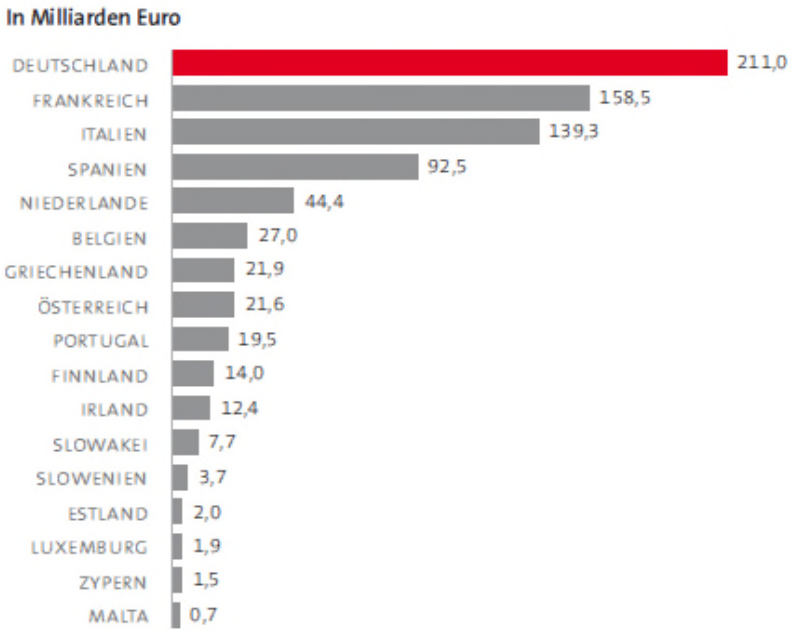
Märkte, Investoren – alles Heuschrecken?

Ja, die gibt es. Banken, die Renditen von 25 Prozent erwarten, Manager, die in guten Zeiten Millionenboni bekommen und auch in schlechten Zeiten immense Summen einstreichen. Da herrscht kurzfristiges, nur auf schnellen Gewinn zielendes Handeln statt langfristiger Strategien, die mehr als den Profit im Blick haben. Aber: Nur ganz wenige Menschen wissen, wo ihr in Lebensversicherungen oder Zusatzrenten angelegtes Geld investiert wird. Fonds und Versicherungen mit den 1000-Euro-Einlagen der Frau Schmitt von nebenan oder der kleinen Zusatzrente von Herrn Müller und dem Geld der Gemeinde, in der beide leben, suchen nach Anlagemöglichkeiten, die vor allem sicher sind. In einer Zeit des gestörten Vertrauens fliehen diese Anleger aus den üblichen Märkten und verschärfen so – auch ungewollt – die Situation einiger Länder.

Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Euro-Rettungsschirm

Damit sich angeschlagene Euro-Staaten bis zu 440 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds leihen können, müssen die Euro-Staaten insgesamt Garantien im Wert von 780 Milliarden leisten. Davon kommen aus:



Quelle: Entwurf für einen neuen EFSF-Rahmenvertrag der Euro-Länder

Dient der Finanzsektor noch der Realwirtschaft?

Wenn eine Bank das neue Projekt eines Mittelständlers finanziert, stimmt das Verhältnis. Es stimmt aber nicht mehr, wenn in Bruchteilen von Sekunden mehrere Tausend automatische Transaktionen ausgelöst, hochspekulative Produkte gehandelt, Wetten auf steigende oder sinkende Kurse abgeschlossen werden oder mit Aktien gehandelt wird, die der Händler gar nicht besitzt. Viele dieser Aktionen werden noch nicht einmal über die offiziellen Börsen, sondern völlig unkontrolliert abgewickelt.

Der Finanzsektor ist zu einem großen Selbstbedienungsladen geworden und hat sich selbst destabilisiert. Jetzt hat die EU-Kommission endlich einen Vorschlag für eine Steuer auf Finanztransaktionen vorgelegt und viele europäische Länder werden sie einführen. Damit werden spekulative Geschäfte weniger rentabel und der Finanzsektor wird endlich an den Kosten der von ihm verursachten Krise beteiligt. Peer Steinbrück hat schon 2008 gesagt: „Kein Produkt, kein Akteur und kein Markt mehr ohne ausreichende Kontrolle".

Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Was passiert, wenn die gegebenen Bürgschaften doch fällig werden?
Bürgschaften sind kein bares Geld – solange sie nicht fällig werden. Doch notfalls werden sie abgerufen und der Bürge zahlt. Das ist richtig. Würden Deutschland und die anderen Europäer nicht bürgen, wären die Risiken ungleich höher. Vor allem durch die Gefahr der Ansteckung: weitere Länder würden „in Verdacht" geraten, die Zinsen auf ihre Staatsanleihen würden steigen und sie könnten sich nur schwer oder gar nicht mehr an den Märkten finanzieren.

Wenn Banken unkontrolliert pleite gingen, würden Anleger ihr Geld abziehen, Werte würden vernichtet und es könnten politische Unruhen drohen. Entweder bilden die Länder der Eurozone eine starke Gemeinschaft und zeigen dies oder sie stehen jeweils alleine den Märkten gegenüber, die ihre Schwäche sofort ausnutzen würden. Auch international könnten einzelne Länder nicht mehr mithalten.

Ist Griechenland noch zu retten?

Ja. Die Griechen müssen ihren Staat reformieren, die Verwaltung neu ordnen und auch die Reichen zu Steuerzahlungen zwingen und damit Einnahmen für das Allgemeinwohl generieren. Doch dies geht nicht von heute auf morgen, sondern ist ein Prozess. Ergebnisse sind erst in einigen Jahren zu erwarten, doch beginnen muss man heute. Deshalb reicht Geld alleine nicht aus. Es muss gespart werden, doch darf die Wirtschaft nicht kaputtgespart werden, sonst kann kein Wachstum entstehen. Und: um eine teilweise Umschuldung der griechischen Staatsschulden wird man nicht herumkommen, diese Erkenntnis setzt sich langsam durch. Dabei müssen auch private Gläubiger beteiligt werden.

Können Rettungsschirme tatsächlich retten?

Nein. Sie „kaufen Zeit". Der Rettungsschirm sichert Portugal und Irland bezahlbare Zinsen für ihre Anleihen und schützt diese Länder so vor Spekulanten, die gegen diese Staaten gewettet haben und so die Zinsen in unbezahlbare Höhen getrieben haben. Müsste Deutschland solche Zinsen zahlen, wie sie zeitweise von Portugal und anderen Ländern verlangt wurden, würden auch wir sehr schnell in Schwierigkeiten kommen. Und während des zeitweiligen Schutzes reformieren diese Länder ihre Haushalte und bekämpfen die jeweiligen Ursachen der Krise.

Wegen der insgesamt sehr instabilen Lage sind Rettungsschirme also nötig, aber sie reichen alleine nicht aus, um Krisenursachen zu bekämpfen oder in betroffenen Ländern wieder Wachstum zu schaffen. Das aber ist gerade in Ländern mit extrem hoher Arbeitslosigkeit dringend nötig. Portugal und Irland sind dabei übrigens auf gutem Wege.

Mit freundlichen Grüßen